



Erpressung,
Lohnraub, Vertragsbruch
und Androhung von Entlassungen

Jetzt den Streik vorbereiten!

Erst klagt der Vorstand mit Zustimmung des Gesamtbetriebsrates die von uns erarbeiteten 1900 Euro Gewinnbeteiligung. Dann werden uns in einem zweiten Zukunftserpressungspaket nochmals 8,75% vom Lohn geklaut, und, um noch einen oben drauf zu setzen, sollen auch der SL und die C-Klasse zwischen den Werken Bremen- Sifi neu aufgeteilt werden. Dieses zeigt wieder einmal, was der Arbeitgeber von Verträgen hält, die er den Betriebsrat unterschreiben lässt – nämlich gar nix. Aber Vertragsbruch hin oder her. Das Kapital wird sich immer nur so lange an Vereinbarungen halten, solange diese Verträge ihren Profit sichern.

Wir beweinen diesen Vertragsbruch nicht, wie es die VKL in ihrer Kopfstütze vermittelt, sondern wir sagen klar und deutlich: Ohne geballte Gegenwehr aus allen Betrieben wird es immer wieder zu Erpressungen kommen und wir werden immer wieder als die Verlierer dastehen.

„Wir sparen an allem, was nicht unseren Fahrzeugen zugute kommt. Das Sparvolumen von 4 Milliarden Euro werden wir deutlich überschreiten. Und wir werden das Sparprogramm forcieren“. Dieses kündigte Zetsche in der Wirtschaftswoche an und für uns heißt das doch nichts anderes, als dass der Vorstand noch mehr an uns Arbeitern und Angestellten den Rotstift ansetzen will. Etwa mit der 30 Stunden Woche ohne Lohnausgleich, oder mit der Verlängerung des 8,75%- Lohnraubs über den 30.06.2010 hinaus?

Wir sagen Nein, wir wollen unser Geld zurück und zwar sofort

- Wir fordern die unverzügliche Auszahlung unserer 1900 Euro Gewinnbeteiligung, plus Zinsen.
- Wir fordern die sofortige Zurücknahme der 8,75% Lohnsenkung für alle.
- Wir lehnen eine Altersteilzeit-Vereinbarung ab, die nicht Eins zu Eins mit Neueinstellungen/Übernahmen junger Kolleginnen und Kollegen verbunden ist.

Wer kämpft der kann verlieren, wer nicht kämpft der hat verloren

Diesen Satz muss sich jeder Kollege zu Herzen nehmen und zwar in allen Werken. Da nützt auch kein Bitten und kein Betteln, sondern den Herren im Vorstand und in den Werkleitungen aller Werke muss gezeigt werden, dass wir uns nicht auseinander dividieren lassen. Jedem Kollegen muss klar sein, dass diese Profitgier unersättlich ist und wir nur zusammen mit den Kollegen aus allen Werken, sei es in Europa, Amerika und Südafrika unsere Arbeitsplätze verteidigen können.

Wer den Kollegen Sand in den Augen streut, so nach dem Motto: „Die Krise ist vorüber“ oder „wenn der SL in Bremen bleibt und wir weiter Verzicht üben, dann wird wieder alles gut“, der lügt seine Belegschaft an.

Die Krise wird sich – nicht nur in der Automobilbranche - noch verschärfen. Die Stückzahlen der Jahre 2007/08 werden erst wieder, wenn überhaupt, 2014/2015 erreicht werden. Diese Entwicklung hat für alle Belegschaften schlimme Folgen. Überall wird das Kapital Arbeitsplätze vernichten. Zurzeit wird dieses noch durch Arbeitszeitkonten, Kurzarbeit, Altersteilzeit, etc. gedeckelt. Aber 2010 wird die welt-

Klassenkampf:

Zetsches Kampfansage

Dieter Zetsche, trotz Krise noch immer mehrfacher Einkommensmillionär, ist deutlich geworden:

- Die Einsparungen von 4 Milliarden wurden zweistellig überschritten und ein Zurück gibt es nicht vom Sparkurs.
- Ein Ende des Lohnraubs von 8,75% kommt nicht in Frage. Im Gegenteil: Der Vorstand denkt über eine Verlängerung, bzw. über eine weitere Absenkung nach.
- Wenn bis 2012/13 keine 1,5 Millionen Fahrzeuge verkauft werden, „ist die Personalstruktur zu groß“. Dieses bedeutet nichts anderes als eine Ankündigung von Massenentlassungen bei Daimler, denn jeder muss wissen, dass der Konzern 2007 die höchsten Verkaufszahlen hatte, nämlich rund 1,2 Millionen. Dieses Jahr wurden weit unter 1 Millionen Fahrzeuge verkauft, rund 30% weniger, als geplant. Und selbst dieser Vorstand geht davon aus, dass wir die nächsten 3 Jahre die Zahlen von 2007 nicht erreichen werden. Auch andere werden es nicht: Weltweit wurde die Automobilproduktion gerade von 70 Millionen Fahrzeugen auf 48 Millionen gedrosselt.

Leserbrief

Millionen-Prämien für die Manager

Findet in Deutschland ein Wettbewerb der Größenwahnsinnigen statt? Erst ein gesundes Unternehmen ver-zocken, an die Wand fahren und mit 11 Milliarden verschulden. Dann zur Belohnung 50 Millionen Euro kassieren. Für die schlechte Arbeit bekommen diese Herren auch noch eine Königliche Abfindung. Die meisten Arbeitnehmer der Industriebetriebe verdienen 40.000Euro brutto im Jahr. Nach 45 Arbeitsjahren sind das etwa 1.800.000 Euro. Der Porsche Manager hat das 28-fache als Abfindung bekommen, wofür andere ein Leben lang arbeiten müssen. Man könnte das auch so ausdrücken, ein normaler sterblicher Arbeiter müsste 1260 Jahre oder 15120 Monate ununterbrochen Arbeiten, um 50 Millionen zu verdienen.

Murat Göcer Halle 8

Fortsetzung von S. 1

weite gesamte Autoproduktion von geplanten 70 Millionen PKW auf 48 Millionen gesenkt und dann wird es unweigerlich, trotz Lohnverzicht, zu Massenentlassungen in der Autoindustrie kommen.

Was unternimmt unsere IG Metall? Was folgt nach der Großparty „Gutes Leben“ in der Commerzbank-arena? War dieses Fünkchen schon alles, um das Kapital und die Regierung zu erschrecken? Die IG Metall-Führung hat doch vergessen, dass wir in einer Klassengesellschaft leben. Nämlich auf der einen Seite die Klasse der Besitzenden, der Fabrikanten und auf der anderen Seite die Arbeiterklasse. Und die besitzt nur ihre Arbeitskraft, die sie so teuer wie möglich verkaufen muss, um überhaupt einigermaßen leben zu können.

Schon einmal, 1996, hat die Belegschaft von Daimler den Widerstand selbst in die Hand genommen. Zu warten, wie Schafe auf die Schlachtbank geführt zu werden, sprich Entlassungen abzuwarten, darf nicht passieren. Wir brauchen eine organisierte Gegenwehr, ehe es zu spät ist.

Um diese Gegenwehr zu organisieren und um uns zu informieren, laden wir ein zu einer Veranstaltung zum Thema:

Weltwirtschaftskrise: Jetzt geht's an`s Eingemachte!

am Sonnabend, 14.11.09, um 11Uhr
in der Posener Straße 55 (Gröpelingen)

Der Wahlkampf ist vorbei – der Klassenkampf bleibt

Davon zu reden, dass die CDU/CSU die Wahlen gewonnen hat, ist blanker Unsinn. Grob gerechnet hat diese Bundestagswahl ergeben: Ein Drittel Nicht-Wähler, ein Drittel für CDU/CSU/FDP, ein knappes Drittel für „Links“ (SPD/Linke/Grüne). Von wegen Mehrheit für die Merkel-Regierung.

Heftig abgewatscht wurde die SPD, die während ihrer (Mit-)Regierungszeit den Arbeitern, den Erwerbslosen und den Rentnern offen in den Rücken gefallen ist und die, zusammen mit der Partei des Großen Geldes, diese Republik in den politischen und sozialen Notstand getrieben hat.

Dafür – und das ist sicher – werden wir jetzt, nach der Wahl, zur Kasse gebeten werden. Zu Ende das Geheimabkommen vom Frühsommer, in dem Kapital und Regierung beschlossen haben, vor den Wahlen keine Massenentlassungen mehr zu machen.

Den Gewerkschaften schmiert man noch ein bisschen Honig um's Maul, damit die weiterhin still halten. Und das scheint zu wirken. Mit einer unglaublichen Dummheit stellt sich ein Bertold Huber am Wahlabend vor die Kameras und säuselt: „Ich setze eigentlich auf die Union und die bisherige Bundeskanzlerin...“ Sie habe „einen fairen Kurs den Arbeitnehmern und Gewerkschaften gegenüber eingeschlagen. Ich hoffe, das bleibt so.“ Die „Kopfstütze“ unserer VKL steht dem nicht nach: „Da können wir nur hoffen, dass Angela Merkel stark genug ist, in den Koalitionsverhandlungen diese Forderung (der FDP – die Redaktion) abzublocken.“

Merken die nichts mehr? Da kündigen die Kapitalisten in aller Offenheit Massenentlassungen von mindestens 600.000 an (siehe auch die Ansage von Zetschel) und Kollege Huber setzt auf die Krisen-Regierung, die gerade für Banken, Konzerne und Bundeswehr Hunderte von Milliarden locker gemacht hat. Da hofft man und setzt man auf eine Regierung, die sich gerade anschickt, die Sozialkassen aus den Angeln zu heben, um die Arbeiter nochmals die Zeche bezahlen zu lassen.

Nein, Schluss mit dieser unheilvollen Schmuserei, mit dieser Entwaffnung unserer Gewerkschaft! Wenn die Entlassungen erst ausgesprochen sind, dann ist es zu spät. Jetzt – und nicht irgendwann – muss der Streik vorbereitet werden!



Der 20. Tag – Donnerstag, 1. Oktober 2009



Der Aktionszug „Klassenkampf statt Wahlkampf – Gegen den Notstand der Republik“ fährt durch Berlin
Er hat sein Ziel erreicht

Wie ein Aktionszug den Notstand der Republik aufdeckt, indem er ihn erfährt

Wer da denkt, das praktische und unmittelbare Kommando des großen Kapitals über die Staatsorgane sei eine Übertreibung der Linken; wer da denkt, der Einsatz militärkommandierter „Hilfsorganisationen“ wie des THW gegen die Arbeiter- und Gewerkschaftsarbeit werde allenfalls vorbereitet, aber nicht praktiziert;

wer da denkt, die Behörden dieses Staates dächten und arbeiteten nach Grundsätzen, die noch entfernt etwas mit den Gesetzen und Rechten einer bürgerlich-demokratischen Republik zu tun haben;

wer da schließlich denkt, das alles habe mit ihm nichts zu tun – der muß nur ein paar Tage beim Aktionszug „Klassenkampf statt Wahlkampf – Gegen den Notstand der Republik“ aufsitzen. Er würde eines anderen belehrt.

Bei Daimler in Würth verrammelte das Daimler-Kapital das Haupttor, um die Arbeiter von der Kundgebung des Zugs fernzuhalten. Bei Daimler in Mettingen piffte sich der Werksschutz die Polizei zusammen, um die Zufahrt zur Kundgebung sperren zu lassen. Bei Audi in Ingolstadt trat die Katastrophe ein, die den sofortigen und massiven Einsatz des Technischen Hilfswerks erforderte: Arbeiter, Gewerkschafter, Betriebsräte, Vertrauensleute hielten eine Kundgebung ab, vor der THW und Polizei das Werk zu schützen hatten. Die Streikbrecherorganisation THW also auf alten Spuren – nicht umsonst hatten die Gewerkschaften in den 50er Jahren es so bezeichnet.

Die Auflagenbescheide, mit denen eine Arbeiteraktion wie der Aktionszug überküpelt wird, gehen prinzipiell davon aus, daß ein Demonstrationsrecht hierzulande eigentlich nicht existiert. Jedenfalls keines, das über der Straßenverkehrsordnung stünde. Das Brockdorf-Urteil des Verfassungsgerichts, das der Demonstration als der Stimme der Stimmlosen, als einem „Stück ungebändigter Demokratie“ höchsten Rang einräumte, besteht weiter. *Ei freilich. Aber es wird von den Ordnungsämtern und der Polizei ignoriert. Man kann es ja versuchen. Und wenn da nicht die Hartnäckigkeit und die Kampfeslust der Teilnehmer von „Klassenkampf statt Wahlkampf – Gegen den Notstand der Republik“ wäre, in jedem Bundesland nicht nur bis vor die obersten Verwaltungsgerichte zu ziehen, sondern auch die Arbeiter und Demokraten umgehend von all dem zu unterrichten – die Herren kämen doch tatsächlich damit durch.*

Der Notstand der Republik wird nicht vorbereitet. Die Republik ist im Notstand. Es gilt, Alarm zu läuten. Genau das tut der Aktionszug „Klassenkampf statt Wahlkampf – Gegen den Notstand der Republik“. Deshalb ist er unverzichtbar.

Und was die Feinde dieses Notstands angeht, so erlauben wir uns, die Herrschaften auf die Existenz eines Proletariats hinzuweisen, von dessen Kraft der Zug eine kleine, aber unübersehbare Vorstellung gibt.

Veranstaltung

Klassenkampf statt Wahlkampf

*Massentlassungen - Neue Bundesregierung - Weltwirtschaftskrise
Was bedeutet das für uns und was können wir tun?*

Gegen den Notstand der Republik

Wie ein Aktionszug den Staatsumbau aufdeckt, indem er ihn erfährt

Der Kampf geht weiter

Wer mehr über den Aktionszug „Klassenkampf statt Wahlkampf – Gegen den Notstand der Republik“ wissen will und wie es weitergeht ...

... der ist herzlich eingeladen

am Dienstag, dem 27. Oktober 2009 um 17 Uhr

im Verlag Das Freie Buch
Posener Str. 55

Wir dokumentieren:

Antrag an die Vertrauensleuteversammlung

Angesichts dieser Weltwirtschaftskrise, angesichts anstehender Massenentlassungen, angesichts weitestgehender Vorbereitung der Regierenden, den Staatsapparat gegen uns umzubauen, sind wir, als IG Metall, dringend aufgefordert, 1. nicht auf die vermeintliche Vernunft der Regierung Merkel zu hoffen, 2. unsere gewerkschaftliche Kraft nicht weiter auf einzelne Betriebsräte zu zersplittern, sondern stattdessen konzentriert alle Kampfmittel, bis hin zum Streik, einzusetzen.

Begründung:

Erst haben sie Belegschaften Zugeständnisse und Opfer abgepresst, um die „Wettbewerbsfähigkeit“ zu stärken.

Dann haben sie Zehntausende von Leiharbeiter rausgeschmissen, mit dem Argument: „Damit sichern wir die Stammbeflegschaften“.

Dann haben sie Millionen in Kurzarbeit und Arbeitszeitverkürzung geschickt, mit der Begründung: „Damit wird Beschäftigung gesichert“. Nun kündigen sie Massenentlassungen von über 600.000 an und gehen an unsere Existenz.

Und wir? Wir haben gegeben, um ihren Konkurrenzkampf zu sichern. Wir haben zugesehen, weil wir ja keine Leiharbeiter waren. Wir haben gehofft, mit Kurzarbeit und Arbeitszeitverkürzung, die wir beide selbst bezahlt haben, ungeschoren aus der Krise raus zu kommen.

Jetzt sind wir mittendrin im Schlamassel. Die Scheibchen-Taktik des Kapitals hat bislang funktioniert: Belegschaft gegen Belegschaft, Leiharbeiter gegen Stammbeflegschaft, jeder gegen jeden.

Damit muss jetzt unverzüglich Schluss sein! Es kann und darf nicht mehr Sache einzelner Betriebsräte sein, den geballten Angriffen auf die Existenz von Millionen Arbeitern und Angestellten unter dem Druck des großen Geldes und seiner Regierung abzuwehren. Nicht einzeln

verhackstücken lassen, sondern gemeinsam unsere Existenz und unser Leben verteidigen. Dazu hat sich die Arbeiterbewegung ihre Gewerkschaften geschaffen, um den Kampf gemeinsam zu führen. Ohne Streik ist dieser Vernichtungsfeldzug auf unsere Kosten nicht mehr zu stoppen. Kapital und Regierung haben sich längst gut vorbereitet: Die Bundeswehr übt den Einsatz gegen Streikende und die Regierung spricht bereits in ihrem „Weißbuch“ offen darüber. Geheimdienste und Polizei werden grundgesetzwidrig umgebaut; Innenminister Schäuble will dem Verfassungsschutz Polizeigewalt übertragen; zivile Organisationen, wie das DRK und das THW werden der Bundeswehr und dem neu geschaffenen Heimatschutz untergeordnet, usw.

Es wird allerhöchste Zeit, dass wir den Streik gegen all diese Angriffe auf uns vorbereiten.

Antragsteller:

Gerwin Goldstein, Sascha Heiner, Jochen Kammlot, Jochen Kohrt, Frank Kotte, Gerhard Kupfer, Herbert Mogck, Uwe Müller

Demonstration

Die Kollegen der GHB (Gesamt-Hafenbetriebe) aus Bremen und Bremerhaven demonstrieren am kommenden

Sonnabend, den 31. Oktober, 11.00 Uhr

gegen Entlassungen und gegen Lohnkürzungen von fast 50%.

Ob bei Emdex, GHB oder Daimler – wir dürfen uns nicht vereinzelt schlagen lassen, sondern wir müssen gemeinsam kämpfen! Deshalb unterstützen wir diese Demonstration und werden uns an ihr beteiligen. Kommt am Sonnabend zur

Eishalle „PARADISE“

(Waller Heerstr. 293a) in Walle.

Dieses Flugblatt (Juli 2009) wurde geschrieben, verteilt und finanziert von Vertrauensleuten und Betriebsräten des Daimler-Werkes Bremen.

Kontakt: Jochen Kohrt, H 3 (Tel. 90442) / Jörg Harang, H 3 / Ralf Wieland, H 3 / Herbert Mogck, H 4/6 (Tel. 90575) / Gerwin Goldstein, LOG/Indir, (Tel. 90600) / Frank Kotte, H 8 (Tel. 3804) / Thomas Langenbach, H 8, DNS / Gerhard Kupfer, H 8 (Tel. 91959) / Sascha Heiner, H 9 / Uwe Müller, H 9 (Tel. 90728) / Julia Nanninga H 9 und viele andere...

e-mail-Kontakt: gerwinggoldstein@treenet.de

